

Antrag 75/I/2025**Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Der/Die Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt****Wohnraum soll mir keiner gönnen - Wohnraum ist mein Recht! Mietendeckel. Jetzt.**

- 1 1. Die Einführung eines Mietendeckels in ganz
2 Deutschland, unter dessen Bedingungen ma-
3 ximal 10EUR pro Quadratmeter Wohnfläche
4 in gefragten Wohngebieten erhoben werden
5 dürfen, dieser Deckel soll an regionalen Ge-
6 gebenheiten angepasst sein. Die Anwendung
7 des Mietendeckels soll durch die Landesparla-
8 mente bei dem Ausrufen von "angespannten
9 Wohnungslagen" möglich werden. Damit sol-
10 len die Länder ein weiteres Instrument über
11 die Mietpreisbremse hinaus bekommen, um
12 zu hohe Mieten zu verhindern.
- 13 2. Als Vorstufe zur Realisierung des obenstehen-
14 den Mietendeckels soll die Mietpreisbrem-
15 se verschärft werden. Künftig soll möbliertes
16 Wohnen nicht von dieser ausgenommen wer-
17 den, zusätzlich soll eine Miet-Notbremsung
18 erfolgen und die Mieten so lange eingefro-
19 ren werden, bis der Mietendeckel etabliert ist.
20 Dabei soll die Mietpreisbremse entfristet wer-
21 den.
- 22 3. Bund und Länder müssen ihre Investi-
23 tionen in sozialen Wohnraum erheblich
24 ausweiten. Genossenschaften, kommunale
25 Wohnungsunternehmen sowie andere
26 nicht-profitorientierte Träger sollen gezielt
27 gefördert werden und vor anderen kom-
28 merziellen Akteuren ein Vorkaufsrecht von
29 Immobilien und Bauland bekommen. Der
30 notwendige Ausbau darf nicht privaten In-
31 vestoren überlassen werden, sondern muss
32 durch sozialen Wohnungsbau erfolgen, um
33 möglichen Rückgängen im Neubau durch
34 eine Mietobergrenze entgegenzuwirken.
35 Wohnungsbaugenossenschaften sollen künf-
36 tig vor anderen kommerziellen Akteuren
37 ein Vorkaufsrecht erhalten von Immobilien
38 und Bauland (Bestehende Mieter*innen in
39 Mietshäusern behalten ihr Erstvorkaufsrecht -
40 Wohnungsbaugenossenschaften bekommen
41 entsprechend ein Vorkaufsrecht NACH den
42 ansässigen Mieter*innen)

4. Wohnungsbaugenossenschaften, die als sogenannte "Energiegenossenschaften" klassifiziert sind, sollen weitere steuerliche Vorteile bekommen.
5. Der Deutsche Wohnungsmarkt sollte sich am sogenannten "Wiener Modell" orientieren und einen Mindestbestand von Wohnungen in öffentlicher Hand erreichen. Der Mindestbestand der Wohnungen in öffentlicher Hand muss in den Händen von Kommunen, Land oder Bund sein. Darüber hinaus sollen Kommunen gesetzlich verpflichtet werden, qualifizierte Mietspiegel zu erstellen und transparente Mietinformationen bereitzustellen
6. Die Kriterien für die Vergabe von WBS sollen überprüft, vereinfacht und an die aktuellen Lebensrealitäten angepasst werden, um mehr Menschen den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen.
7. Um bestehende Wohnraumengpässe zu beheben, muss das Land Brandenburg mehr sozialen Wohnraum bauen. Die BLB erweist sich dabei als ineffizient, weshalb wir eine Reform der BLB vorschlagen, damit die Aufträge der BLB schneller an Handwerksunternehmen in ganz Brandenburg vergeben werden können.
8. Um schneller sozialverträglichen Wohnraum für Studierende und Auszubildende zu schaffen, fordern wir die Etablierung eines Fast-Track-Programms, das aus Mittel des Infrastrukturfonds des Landes Brandenburg gespeist wird. Dieses Programm soll dazu führen, dass bestehende Prozesse gestreamlined werden und Prozesse bei Planung, Genehmigung und Ausführung optimiert werden. Dabei soll auch Wohnraum außerhalb der klassischen Modelle des Studierendenwohnheims oder Azubiwohnheims geschaffen werden.

Begründung

Wohnen ist ein Grundrecht – dennoch erleben wir seit Jahren eine drastische Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt. Gerade in gefragten Wohngebieten steigen die Mieten rasant, während Löhne und soziale Sicherungssysteme kaum Schritt halten können. Besonders junge Menschen, Studierende, Auszubildende sowie Menschen mit geringem Einkommen sind von dieser Entwicklung massiv betroffen. Die bisherige Mietpreisbremse hat

92 sich als zahnloses Instrument erwiesen – zu viele
93 Ausnahmen, zu wenig Kontrolle, kaum Wirkung.
94 Ein bundesweiter Mietendeckel mit einer klaren
95 Obergrenze von 10 €/m in angespannten Wohn-
96 lagen ist daher ein notwendiger Schritt, um Mie-
97 ter*innen effektiv zu entlasten und sozialen Ver-
98 drängungsprozessen entgegenzuwirken. Bis zur Ein-
99 führung dieses Mietendeckels braucht es eine so-
100 fortige Miet-Notbremse: Ein Einfrieren der Mieten,
101 das auch möbliertes Wohnen einbezieht, sowie die
102 Entfristung und Verschärfung der Mietpreisbremse
103 sind überfällig.

104 Darüber hinaus müssen wir den gemeinwohlori-
105 entierten Wohnungsbau stärken. Wohnungsbauge-
106 nossenschaften spielen dabei eine zentrale Rolle: Sie
107 wirtschaften nicht profitorientiert und sichern lang-
108 fristig bezahlbaren Wohnraum. Ihnen ein Vorkaufs-
109 recht gegenüber kommerziellen Akteuren einzuräu-
110 men – nach dem Erstvorkaufsrecht der Mieter*in-
111 nen – stärkt die soziale Wohnungsversorgung nach-
112 haltig. Auch steuerliche Anreize für Genossenschaf-
113 ten, die zugleich als Energiegenossenschaften agie-
114 ren, setzen wichtige Impulse für klimagerechtes und
115 bezahlbares Wohnen.

116 Das sogenannte Wiener Modell zeigt eindrück-
117 lich, dass eine starke öffentliche Hand auf dem
118 Wohnungsmarkt funktioniert. Ein Mindestbestand
119 an Wohnungen in öffentlicher Hand ist auch in
120 Deutschland ein erstrebenswertes Ziel – gerade um
121 langfristig bezahlbare Mieten garantieren zu kön-
122 nen.

123 In Brandenburg verschärft sich die Lage zusätzlich:
124 Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum – insbeson-
125 dere für Studierende und Auszubildende – steigt,
126 doch der soziale Wohnungsbau kommt nicht hin-
127 terher. Die BLB (Brandenburgische Landesbetrieb
128 für Liegenschaften und Bauen) arbeitet ineffizient
129 – eine Reform ist dringend nötig, damit Aufträge
130 schneller an regionale Handwerksbetriebe vergeben
131 und Projekte zügig realisiert werden können.

132 Ein gezieltes Fast-Track-Programm zur Schaffung
133 von sozialverträglichem Wohnraum für junge Men-
134 schen – zusätzlich zu klassischer Wohnheimmodelle
135 – ist essenziell, um dem akuten Mangel zu bege-
136 gen. Mit Mitteln aus dem Infrastrukturfonds kann
137 dieses Programm zügig gestartet und entbürokrati-
138 siert umgesetzt werden.